

ALU-KONGRESS DES ALUMINIUM-VERBANDS SCHWEIZ



Nachhaltigkeit braucht Wettbewerbsfähigkeit

Eine Nachhaltigkeit, die vor allem auf CO₂-Reduktion fokussiert, sowie der Trend zu Protektionismus statt Freihandel stellen die Schweizer Aluminiumindustrie vor große Herausforderungen. Dies zeigten die Referate beim Alu-Kongress im Rahmen der Generalversammlung des Aluminium-Verbands Schweiz.

Von Philipp Landmark

Zum Auftakt des Alu-Kongresses im „Werk 1 in Gossau im Kanton St. Gallen sprach kein geringerer als „der Nachhaltigkeitspapst in Europa“ – so zumindest führte **Marcel Menet** (Foto), der Geschäftsführer des Alumi-



um-Verbands Schweiz, Jörg H. Schäfer ein. Schäfer ist heute Head of Recycling and Sustainability bei Aluminium Deutschland e.V., hatte aber einen engen Bezug zur damaligen Alusuisse, weshalb er immer wieder gerne in seine „zweite Heimat“ komme, wie er sagte.

Für Jörg Schäfer markiert der „Erdeipfel“, die UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992, den Beginn der Nachhaltigkeitsdebatte, „da wurden die größten Impulse ausgelöst“. Nachhaltigkeit beruhe auf den drei Säulen Ökologie, Soziales und Wirtschaft. Oft werde jedoch vergessen, dass diese Ziele nicht immer deckungsgleich seien. „Wir reden nicht von der Maximierung einer einzelnen Säule, sondern von Zielkonflikten“, sagte Schäfer. Nachhaltige Entwicklung bedeute, den Schutz natürlicher Lebensgrundlagen mit sozialer Verantwortung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen.

Nur Europa zahlt für CO₂

Die CO₂-Reduktion sei heute das dominierende Thema. In der öffentlichen Diskussion werde Nachhaltigkeit häufig darauf reduziert. Damit seien jedoch erhebliche Kosten verbunden, die von der Industrie zuerst erwirtschaftet werden müssten. Für unsere Unternehmen sei dies besonders anspruchsvoll, weil nur Europa CO₂-Kosten bezahle. Deshalb müsse die Wettbewerbsfähigkeit bei allen politischen und regulatorischen Diskussionen ein zentrales Kriterium bleiben. Am Beispiel der Umweltproduktdeklarationen (EPD) zeigte Schäfer auf, dass häufig ausschließlich Umweltaspekte betrachtet würden, während wirtschaftliche Faktoren, die technische Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfragen kaum berücksichtigt würden.

Dennoch dreht sich alles um die CO₂-Reduktion. Der Verband der Deutschen Automobilindustrie hat diesen Frühling eine komplexe Darstellung von Materialkreisläufen publiziert mit dem Ziel, auf diesen Stoffströme einem CO₂-Faktor zuzuordnen. „Wer an die Automobilindustrie liefert, muss in Zukunft in der Lage sein, diese Stoffströme darzustellen“, sagte Jörg Schäfer.

Ambitionierte Gesetzgebung

Als theoretisch größten Hebel zur Reduktion von CO₂-Emissionen bezeichnete Jörg Schäfer die Wiederverwendung kompletter Bauteile. So könnte beispielsweise nach einem Unfall oder aus Alt-Autos ein Motorblock ausgebaut und in einem anderen Fahrzeug weiterverwendet werden. In einzelnen Fällen könne ein solcher Ansatz durchaus funktionieren, etwa wenn ein nahezu neues Fahrzeug verwertet werde und einzelne Komponenten in ein baugleiches Modell eingebaut werden. In der Praxis stoße diese Vorstellung jedoch an Grenzen. „Bauteile aus einem vor 20 Jahren in Betrieb genommenen Fahrzeug sind mit einem heutigen Modell nicht kompatibel.“



**AD-Recycling-Spezialist
Jörg Schäfer**

„Wer an die Automobilindustrie liefert, muss künftig Stoffströme darstellen“

Ein weiteres Potenzial zur Verringerung der CO₂-Emissionen bietet der Einsatz von Primäraluminium, das mit Strom aus Wasserkraft produziert wird. Als Lieferland komme dafür in Europa praktisch nur Norwegen infrage. Russische Produzenten, die ebenfalls einen hohen Teil Wasserkraft für die Stromerzeugung verwenden, sind sanktionsbedingt derzeit weitgehend ausgeschlossen.

Auch in China wächst der Anteil erneuerbarer Energien kontinuierlich. Heute stammen dort bereits rund 20



„Nachhaltigkeit beruht auf den drei Säulen Ökologie, Soziales und Wirtschaft“, sagte Jörg Schäfer

Prozent der für die Aluminiumproduktion eingesetzten Energie aus Wasserkraft, weitere zehn Prozent aus anderen erneuerbaren Quellen. Noch immer werden jedoch rund 70 Prozent der Elektrolysekapazitäten mit Kohlestrom betrieben. Schäfer verwies allerdings darauf, dass China einen klaren Fahrplan verfolge und bis spätestens 2050 klimaneutral produzieren wolle.

Neben den Anforderungen an eine möglichst CO₂-arme Produktion gewinnt zunehmend auch die Versorgungssicherheit an Bedeutung. Die Forderung nach resilienten Lieferketten und einer geringeren Abhängigkeit von einzelnen Herkunftsländern schränkt die verfügbaren Bezugsquellen zusätzlich ein.

„Woher bekommen wir künftig unser Aluminium?“, fragte Schäfer. Mit Blick auf die Entwicklung der europäischen Primärproduktion fiel seine Einschätzung ernüchternd aus. In Deutschland seien zahlreiche Kapazitäten verlorengegangen, und auch in der Schweiz wird seit Jahren kein Primäraluminium mehr produziert. Statt unsere Hütten durch politische Rahmenbedingungen zu schwächen, müssen wir den Standort stärken. Dafür bedarf es wettbewerbsfähiger Energiepreise.

Alle wollen Schrott

Stellt man auf die Kundennachfrage ab, scheint es eine simple Lösung zu geben: Recycling-Aluminium, denn der Footprint liegt bei 0,4 Kilogramm CO₂ pro Kilogramm Aluminium. Primäraluminium aus Europa kommt auf einen Mittelwert von 6,6 Kilogramm CO₂, solches aus China auf 19 Kilogramm CO₂. Immer mehr Kunden verlangen darum einen hohen Recyclinganteil für Produkte aller Art.

Das Problem: So viel Aluminium-Schrott gibt es gar nicht. Der weltweite Aluminiumbedarf wird gemäß Prognosen von 95 Millionen Tonnen im Jahr 2019 auf 179 Millionen Tonnen im Jahr 2050 steigen. Im gleichen Zeitraum soll das Schrottaufkommen von 34 auf 91 Millionen Tonnen wachsen. Damit erhöht sich der Anteil von Recyclingmaterial am Gesamtbedarf zwar von 36 auf 51 Prozent – mehr wird jedoch kaum möglich sein.

Europa verfügt bereits heute über hohe Sammelquoten und etablierte Recyclingstandards. In vielen anderen Regionen besteht noch Potenzial, wobei Länder im asiatischen Raum längst aufgeholt haben. „Die machen das wirklich schon gut“, sagte Schäfer. Dank einer geschickten Kombination

von Technologie und manueller Arbeit erreichen asiatische Länder hohe Rücklaufquoten. Generell komme der Branche zugute, dass Aluminium einen hohen Materialwert besitzt. „Es wäre wirtschaftlich unsinnig, Aluminium auf einer Deponie landen zu lassen.“

Regulierung stösst an Grenzen

Allerdings ist viel zu wenig Schrott verfügbar. Denn drei Viertel des gesamten seit 1888 produzierten Aluminiums ist in Anwendungen gebunden, zeigte Jörg Schäfer in seiner Präsentation auf. Als Jogurt-Deckel oder als Getränkedose kommt Aluminium rasch zurück in den Kreislauf, doch Aluminium in einem Auto, das erst jahrzehntelang in Europa fährt und dann noch anderswo weiterverwendet wird, ist dem Recycling entzogen. Nur gerade acht Prozent ist in Deutschland der Anteil der anfallenden Altautos, gemessen an der Neuproduktion (Bezugsjahr 2023).

Vor diesem Hintergrund betrachtet Schäfer die Diskussion um verpflichtende Recycling-Quoten in der Automobilindustrie kritisch, denn aus dem größten Markt, dem Verkehrssektor, erhalten wir sehr geringe Mengen

GENERALVERSAMMLUNG DES ALUMINIUM-VERBANDS SCHWEIZ

Schlechte Auftragslage

An der Generalversammlung des Aluminium-Verbands Schweiz wurden Ivo Frey (Allega GmbH) und Maximilian Freiburger (Constellium) neu in den Vorstand gewählt. Präsident **Roland Hörzer** ging in seiner Ansprache auf die allgemein schlechte Auftragslage und die starke Volatilität in der Aluminiumbranche ein, einzig der Bausektor sei stabil. „Wer für den Automotiv-Sektor tätig ist, hat derzeit erhebliche Probleme, da vor allem die Automobilindustrie in Deutschland eine extrem schwierige Phase durchläuft“, sagte Roland Hörzer. Auch in Bezug auf die USA

habe sich die Stimmung durch die Zollsituation erheblich verschlechtert.

Geschäftsführer Marcel Menet blickte in seinem Tätigkeitsbericht auf die wichtigsten Aktivitäten des Verbands im vergangenen Jahr zurück. Neben der Interessenvertretung gegenüber Politik und Öffentlichkeit organisierte der Verband verschiedene Informations- und Netzwerkveranstaltungen. Dazu gehörte auch ein Alu-Tag für Studierende der ETH, der den Nachwuchs mit den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Werkstoffs Aluminium vertraut machen sollte.



**Verbandspräsident
Roland Hörzer**

„Wer für den Automotiv-Sektor tätig ist, hat derzeit erhebliche Probleme“



Andreas Steffes,
Geschäftsführer metal.suisse

„Wir haben gerade die maximale Unsicherheit erreicht, die wir uns irgendwie vorstellen können“

Schrotte. Ein Ansatz dies zu verhindern, ist, den Export an Schrotten aus der EU durch Exportrestriktionen zu erschweren. Ausfuhrzölle oder Exportquoten könnten dabei helfen.

Gruselige Zölle statt Freihandel

Mit der Feststellung „Wir kommen aus dem Freihandel – das kann man sich heute kaum noch vorstellen“ skizzierte **Andreas Steffes** die geopolitischen Veränderungen der vergangenen Jahre.

Steffes ist Mitglied der Geschäftsleitung von Handel Schweiz und betreut als Geschäftsführer den Verband Schweizerische Stahl- und Haus-technik sowie den Dachverband metal.suisse. „Trade can make everybody better off“ habe er im Studium gelernt, „Handel treiben führt dazu, dass wir unsere Ressourcen am besten einsetzen“, sagte Andreas Steffes. Doch die Handelswelt, der Freihandel mit integrierten, globalen Wertschöpfungsketten, wurde seit 2016, der ersten Wahl von Donald Trump, eine protektionistische Welt. Seit der zweiten Amtszeit Trumps wurde es „so richtig gruselig“, unter anderem mit hohen Zöllen auf Importe von Stahl, Kupfer und Aluminium unter Section-232.

Die EU reagierte ihrerseits mit Schutzmaßnahmen, um die Industrie vor Umgehungsgeschäften zu schützen – gemeint sind chinesische Exporte, die in neue Absatzmärkte gelenkt werden. Die Schweiz hat die Industriezölle abgeschafft, erinnerte Steffes, „das war der Weg, der zum Ziel führte.“ Als kleine, offene Volkswirtschaft hat die Schweiz keine andere Möglichkeit, als auf offene Grenzen zu setzen. Protektionistische Maßnahmen würden allein die inländischen Preise erhöhen. Die EU setze zunehmend auf Industriepolitik, Schutzmechanismen und staatliche Unterstützung strategischer Branchen. Verteidigungs- und Sicherheitspolitik würden dabei immer stärker mit industriepolitischen Zielen verknüpft. „Was der Konsument bezahlt, spielt dabei oft eine untergeordnete Rolle. Ebenso die Kosten für die Steuerzahler“, stellte Steffes fest.

CBAM macht wenig Sinn

Die Europäische Union habe in den vergangenen Jahren ihre Märkte zunehmend abgeschottet, sagte Andreas Steffes. Neben Schutzmaßnahmen und Zöllen gehören dazu auch Umweltproduktdeklarationen (EPD) sowie der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM).

CBAM ist ein Instrument der europäischen Klimapolitik, das sogenanntes „Carbon Leakage“ verhindern soll – also die Verlagerung emissionsintensiver Produktionen in Länder mit weniger strengen Klimavorgaben. Importierte Produkte sollen dadurch mit vergleichbaren CO₂-Kosten belastet werden wie Waren, die innerhalb der EU unter dem Emissionshandelssystem hergestellt werden. „Die EU versucht CO₂ zur Marktabschottung zu nutzen, doch diese Abschottung funktioniert nicht.“

Die Schweiz ist vom CBAM derzeit ausgenommen, weil ihr Emissionshandelssystem mit jenem der EU verknüpft ist. Der Bundesrat entschied 2023, vorläufig keinen eigenen Grenzausgleichsmechanismus einzuführen, um handelspolitische Risiken zu vermeiden. Andreas Steffes hält fest: „Für mich als liberaler Ökonom ist es ein Gruselfaktor.“ Die aktuelle Ausgestaltung ermöglicht eine Umgehung und zerstört die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie. Die Verteuerung von Materialien führe so zu einer Deindustrialisierung, die verarbeitende Industrie wandere dorthin ab, wo weniger CBAM- respektive CO₂-Kosten auf die benötigten Materialien anfallen.

Nachteile für Unternehmen

Die EU verfolgt gleichzeitig das Ziel, eine Vorreiterrolle bei der Dekarbonisierung einzunehmen und die Transformation ihrer Wirtschaft aktiv zu gestalten. Unternehmen, die hohe Umweltauflagen erfüllen, sollen vor Wettbewerbern geschützt werden, die vergleichbare Kosten nicht tragen. Zudem sollen strategisch wichtige Industrien gezielt unterstützt werden.

Dafür stellt die EU zunehmend staatliche Mittel zur Verfügung. Unter anderem werden Energiepreise subventioniert und Förderprogramme ausgebaut. Für Schweizer Unternehmen entstehen dadurch Wettbewerbsnachteile, weil sie von vergleichbaren Unterstützungsinstrumenten nicht profitieren.

Auch beim Recycling setzt die EU auf Förderprogramme. Neue Recyclingkapazitäten und entsprechende Produktionsprozesse werden mit öffentlichen Geldern unterstützt. Steffes warnte jedoch vor möglichen Nebenwirkungen: Unternehmen, die bereits heute erfolg-

Für die Schweiz stelle sich deshalb bei jeder neuen Regulierung die Frage, ob sie den europäischen Weg mitgehen, eine eigene Lösung entwickeln oder ganz bewusst auf eine Regelung verzichten wolle. Von Abschottung, Schutzzöllen oder einem Schweizer

Import und vom Export abhängig ist, sei sehr gering. „Wir müssen Argumente woanders suchen. Wenn wir es nicht machen, verletzen wir Verträge mit der EU und dann gehen die Grenzen noch schneller zu.“

Maximale Unsicherheit

Für die Schweizer Aluminiumindustrie sieht Andreas Steffes die größte Herausforderung bei Investitionen. „Wir haben gerade die maximale Unsicherheit erreicht, die wir uns irgendwie vorstellen können“, sagte Andreas Steffes in der Fragerunde. Produzenten wüssten nicht, ob sie Produkte exportieren dürfen, die Energiepreise seien schlecht. „Wenn ich zwei Standorte zum Investieren vergleiche, ist wahrscheinlich der Return on Investment in der Schweiz deutlich schlechter als im Ausland.“ Doch gleichzeitig gebe es in der Schweiz den Druck, viel zu investieren, um weiterhin zu den Besten zu gehören. „Wenn wir nicht zu den Besten gehören, sind wir nur die Teuersten.“ Das wäre keine gute Idee, um wettbewerbsfähig zu bleiben.



Plattform für CO₂-Bilanzierung

Wie Unternehmen den steigenden Anforderungen im Bereich Klimaberichterstattung begegnen können, zeigte **Yannick Krabben**

(Foto) von der Censius AG auf. Das Innerschweizer Startup hat eine digitale Plattform entwickelt, mit der Unternehmen ihre Emissionen systematisch erfassen und auswerten können. Ausgangspunkt waren Anfragen großer Unternehmen an die Hochschule Luzern, die Unterstützung bei der Umsetzung der zahlreichen Standards und Berichtspflichten suchten. „Wir haben uns gesagt: Das muss automatisierbar und digitalisierbar sein“, erklärte Yannick Krabben.

Die Plattform basiert auf dem international anerkannten Greenhouse Gas Protocol. Dieses unterteilt die Emissionen eines Unternehmens in drei Bereiche: Scope 1 umfasst direkte Emissionen am eigenen Standort, Scope 2 eingekaufte Energie wie Strom oder Fernwärme.

„Im Scope 3 ist der Aufwand dann wirklich groß“, sagte Yannick Krabben, denn hier werden sämtliche indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette erfasst – von der Rohstoffbeschaffung über Zulieferprozesse bis hin zu Transportwegen. Im Scope 3 fallen 60 Prozent, oft auch 90 Prozent oder mehr der CO₂-Emissionen eines Unternehmens an.

Anhand eines Metallbauunternehmens zeigte Krabben, wie sich die relevanten Daten für eine aussagekräftige Klimabilanz zusammentragen lassen. Die Plattform greift dabei unter anderem auf Daten von Ecoinvent zurück, einer umfangreichen Datenbank für Umwelt- und Prozessdaten in der Schweiz.

THE RIGHT MATCH.

Ihre Anforderungen.
Unsere Lösungen.





AMB
Internationale Ausstellung
für Metallbearbeitung
15. - 19.09.2026
Messe Stuttgart

Erleben Sie live, wie aus Ihren Anforderungen Lösungen entstehen, die Ihren Erfolg garantieren.
The RIGHT MATCH bedeutet für uns, wenn Ihre Ziele und unsere Engineering Kompetenz perfekt zusammenpassen - uns genau das zeigen wir Ihnen auf der AMB. Besuchen Sie uns in Halle 3 | Stand 3E50.



Weitere Informationen unter: go.walter/AMB



walter-tools.com



WALTER
Engineering Kompetenz

BESICHTIGUNG DER SOREC

Effiziente Materialkreisläufe

„Entsorgen ohne Sorgen“ lautet das Motto der soRec in Gossau. Die Besichtigung des 1953 gegründeten Ostschweizer Familienunternehmens bildete den Abschluss des Alu-Kongresses. 60 Mitarbeiter plus zusätzliche Leute im Bereich Demontage sind im Recyclingunternehmen, das die gesamte Prozesskette von Annahme bis Endverarbeitung anbietet, tätig.

Das Unternehmen nimmt für sich in Anspruch, verantwortungsbewusst, innovativ und sicher zu agieren, wie CEO Christoph Solenthaler sagte. Ziel sei auch, eine Maximierung in der Verwertung zu erreichen: „Nachhaltigkeit entsteht durch effiziente Materialkreisläufe, nicht durch Kennzahlen“, betonte Christoph Solenthaler. Auf einem Rundgang konnten die

Kongressteilnehmer die Materialrückgewinnung im Elektronikschrottreycling und Industriereycling beobachten, unter anderem werden Edelmetalle von Leiterplatten sowie Eisen, Aluminium und Kupfer sowie Kunststoff zurückgewonnen. Im Werkhof läuft zudem eine selbst entwickelte Anlage für das Recycling von Toner-Modulen.



Christoph Solenthaler erklärt die Recycling-Anlagen seines Unternehmens